

Gern, Klaus-Jürgen; Kooths, Stefan; Reents, Jan; Sonnenberg, Nils;
Stolzenburg, Ulrich

Article

Weltwirtschaft im Sommer 2022 - Inflationsschub bremst die Expansion

Kieler Konjunkturberichte, No. 91

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic
Challenges

Suggested Citation: Gern, Klaus-Jürgen; Kooths, Stefan; Reents, Jan; Sonnenberg, Nils;
Stolzenburg, Ulrich (2022) : Weltwirtschaft im Sommer 2022 - Inflationsschub bremst die
Expansion, Kieler Konjunkturberichte, No. 91, Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/261365>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your
personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial
purposes, to exhibit the documents publicly, to make them
publicly available on the internet, or to distribute or otherwise
use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open
Content Licence (especially Creative Commons Licences), you
may exercise further usage rights as specified in the indicated
licence.*

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Weltwirtschaft
im Sommer 2022

Abgeschlossen am 15. Juni 2022



Nr. 91 (2022|Q2)

*Klaus-Jürgen Gern, Stefan Kooths, Jan Reents,
Nils Sonnenberg und Ulrich Stolzenburg*

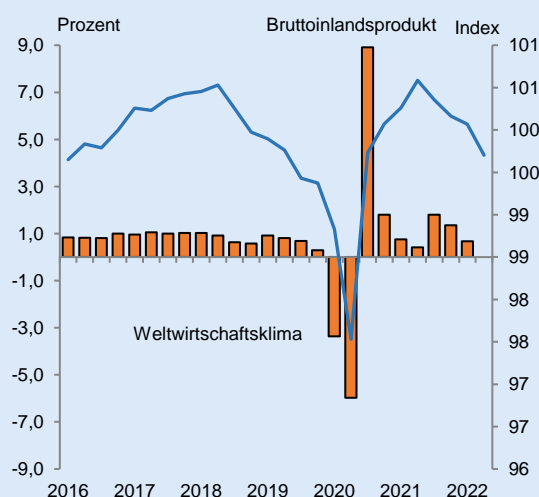
INFLATIONSSCHUB BREMST DIE EXPANSION

Klaus-Jürgen Gern, Stefan Kooths, Jan Reents, Nils Sonnenberg und Ulrich Stolzenburg

Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die strikte No-Covid-Politik in China haben die ohnehin bereits kräftige Inflation weltweit verstärkt und dazu geführt, dass Lieferengpässe wieder zugenommen haben. Die Reallöhne gehen in vielen Ländern deutlich zurück und dämpfen den privaten Konsum, auch wenn vielfach auf zusätzlich Ersparnisse zurückgegriffen werden kann, die während der Pandemie entstanden sind. Angesichts des hohen Inflationsdrucks sind die Notenbanken auf einen Kurs der monetären Straffung eingeschwenkt oder haben ihn verschärft. Vor diesem Hintergrund haben sich die Aussichten für die Weltkonjunktur spürbar eingetrübt. Wir rechnen nunmehr mit einem Anstieg der globalen Produktion um nur noch 3,0 Prozent in diesem und 3,2 Prozent im nächsten Jahr (berechnet auf der Basis von Kaufkraftparitäten). Damit haben wir unsere Prognose vom März um 0,5 bzw. 0,4 Prozent abgesenkt. Dabei ist ein leichter Rückgang der Rohstoffpreise im Prognosezeitraum unterstellt, womit sich der Preisauftrieb von dieser Seite im Prognosezeitraum stark verringert. Problematisch wäre es, wenn sich die Inflation als hartnäckiger erweisen würde, als von den Notenbanken erwartet. Dann müsste die Geldpolitik stärker bremsen als unterstellt, mit der Gefahr einer Rezession in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und einer ausgeprägten Verschlechterung der finanziellen Rahmenbedingungen in den Schwellenländern.

Der Aufschwung der Weltwirtschaft ist angesichts neuerlicher negativer Schocks ins Stocken geraten. Nachdem die globale Produktion im zweiten Halbjahr 2021 kräftig gestiegen war, hat die Erholung von der Corona-Krise nach der Jahreswende stark an Fahrt verloren. Maßgeblich waren hier neue Beeinträchtigungen durch die Pandemie und der Angriff Russlands auf die Ukraine, in dessen Folge sich die ohnehin bereits kräftige Inflation weiter verstärkte und Lieferengpässe wieder zunahmen. Im ersten Quartal 2022 nahm die Weltproduktion nur noch mit einer Rate von 0,6 Prozent (saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal) zu und damit langsamer als im Durchschnitt der Jahre vor der Coronakrise (Abbildung 1). Die globale Industrieproduktion legte zwar im Quartalsdurchschnitt nochmals zu, hat sich im Verlauf aber verringert. Der IfW-Indikator für die weltwirtschaftliche Aktivität, der auf der Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern berechnet wird und sich vor

Abbildung 1:
Weltwirtschaftliche Aktivität



Quartalsdaten; saisonbereinigt; Weltwirtschaftsklima berechnet auf Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern; Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal, 46 Länder, gewichtet nach Kaufkraftparität.

Quelle: OECD, Main Economic Indicators; nationale Quellen; Berechnungen des IfW Kiel.

allem auf Umfragen für das Verarbeitende Gewerbe stützt, sank in den vergangenen Monaten deutlich und lässt auch für das zweite Quartal eine nur verhaltene Zunahme der weltwirtschaftlichen Aktivität erwarten).

Angebotsengpässe und logistische Probleme haben zuletzt wieder an Bedeutung gewonnen.

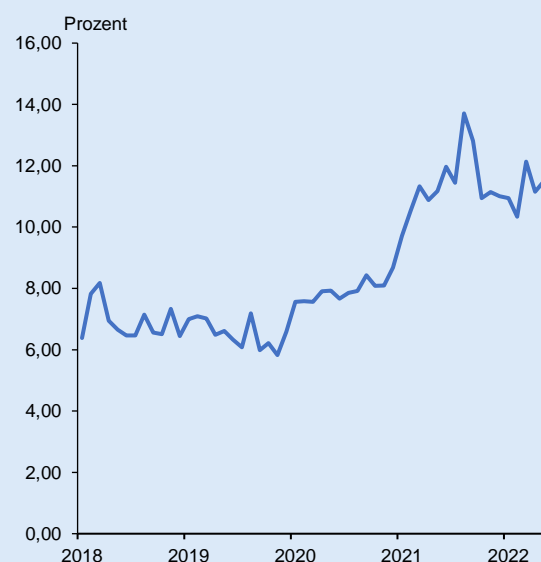
In China wurden seit Januar zunehmend regionale Lockdowns verhängt, weil die Regierung an ihrer strikten Null-Covid-Politik festhält. Ab dem März waren mit Shenzhen und Shanghai auch bedeutende wirtschaftliche Zentren betroffen. In der Folge nahmen die Anspannungen in den weltweiten Produktionsnetzwerken wieder zu, nachdem sich im Herbst und Winter eine allmähliche Entspannung abgezeichnet hatte. So weiteten sich die Staus vor den großen Seehäfen erneut aus (Abbildung 2), zunächst vor allem in China, zuletzt aber auch in Europa (Kiel Trade Indicator Juni 2022). Vor allem in Europa kam es zudem als Folge des Krieges in der Ukraine und der gegen Russland verhängten Sanktionen zu Störungen in den Produktionsketten, von denen die Automobilindustrie besonders betroffen war. Entsprechend ging die Industrieproduktion im März vor allem in China und in Europa deutlich zurück, während sie anderswo, etwa in den Vereinigten Staaten, aufwärts gerichtet blieb. Der Welthandel zeigte sich nach den Zahlen des CPB bis zum März robust (Abbildung 3), dürfte aber im Frühjahr merklich gesunken sein.

Die konjunkturelle Grundtendenz in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat sich abgeschwächt.

Das Bruttoinlandsprodukt in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ging im ersten Quartal leicht zurück (Abbildung 4). Zwar war dies wohl auch Folge vorübergehender Faktoren. So nahm das Bruttoinlandsprodukt in den Vereinigten Staaten nicht zuletzt deshalb um 0,4 Prozent ab, weil die weiterhin kräftige inländische Nachfrage verstärkt aus Lagerbeständen und Importen bedient wurde, während die Exporte zurückgingen. Vor allem im Euroraum und in Japan wurde die gesamtwirtschaftliche Produktion durch neuerliche Covid-Infektionswellen zeitweise spürbar gebremst. Google-Mobilitätsdaten signalisieren, dass sich die durch die Pandemie beeinträchtigte wirtschaftliche Aktivität im Frühjahr wieder erholt hat. Gleichzeitig hat sich aber das Verbrauchervertrauen massiv

verschlechtert. Auch monatlich verfügbare Aktivitätsindikatoren wie Einzelhandelsumsätze und die Industrieproduktion gingen zuletzt zurück, wenngleich bislang noch in moderatem Umfang.

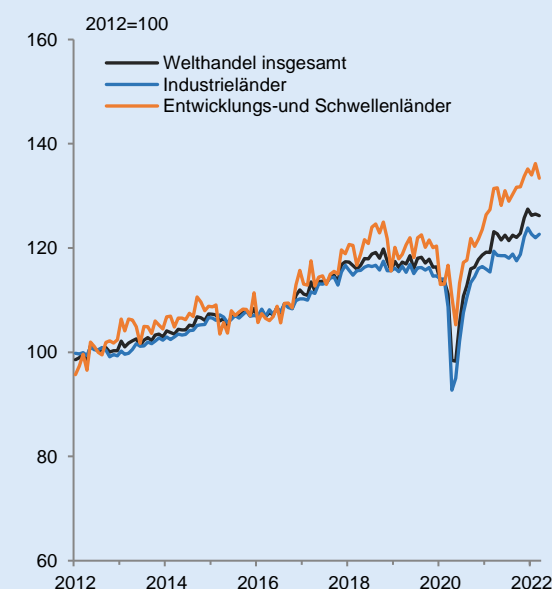
Abbildung 2:
Blockierte Schiffskapazität



Monatsdaten. Anteil an Waren, die sich global auf wartenden Containerschiffen befinden.

Quelle: Kiel Trade Indicator.

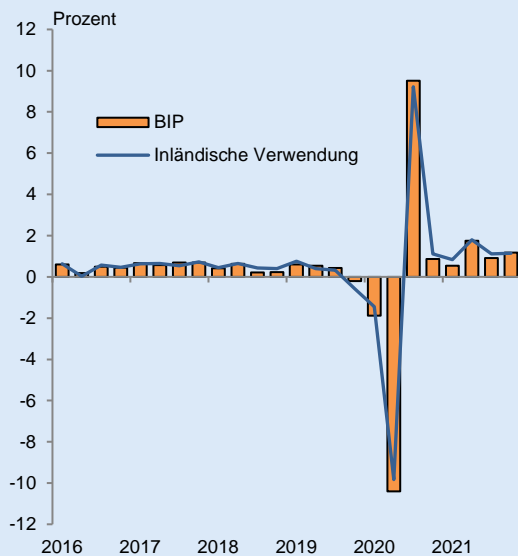
Abbildung 3:
Welthandel



Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt.

Quelle: CPB, World Trade Monitor, Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 4:
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den G7-Ländern



Quartalsdaten; preis- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal; G7: Vereinigte Staaten, Japan, Kanada, Deutschland, Frankreich, Italien und Vereinigtes Königreich.

Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; Berechnungen des IfW Kiel.

In den Schwellenländern waren die Konjunkturtrends zuletzt sehr uneinheitlich. In vielen Schwellenländern, sowohl in Asien als auch in Lateinamerika, expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal recht kräftig. Nur schwach stieg das Bruttoinlandsprodukt hingegen in Indien, wo die inländische Verwendung durch die auch hier gestiegenen Covid-Infektionen und eine hohe Inflation gedämpft wurde und die Exporte an Fahrt verloren. Im Frühjahr dürfte eine ungewöhnliche Hitzewelle die Aktivität zusätzlich beeinträchtigt haben. In China legte die Produktion im Durchschnitt des ersten Quartals mit einer Rate von 1,4 Prozent zwar nochmals deutlich zu. Im Verlauf machten sich aber die rigiden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zunehmend bemerkbar; im zweiten Quartal dürfte das Bruttoinlandsprodukt sogar deutlich zurückgegangen sein. Zu einem starken Einbruch der Produktion kam es unter dem Eindruck der massiven Wirtschaftssanktionen in Russland. Hierauf deutet ein dramatischer Einbruch der Importe im Frühjahr hin. Die vom statistischen Amt ausgewiesene Verlangsamung des Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts im Vorjahresvergleich von 5 auf 3,5 Prozent lässt darauf schließen, dass die gesamtwirtschaftliche

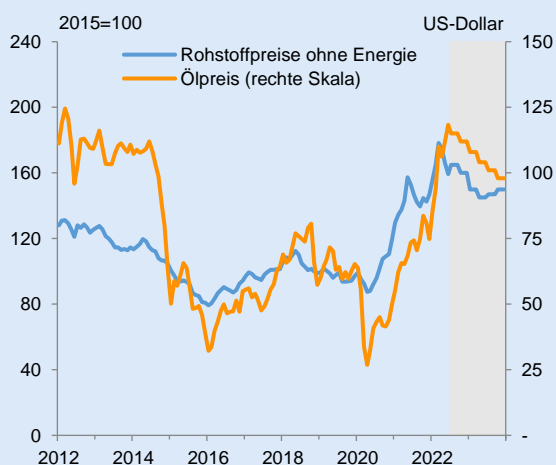
Produktion bereits im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal leicht geschrumpft ist.

Die Rohstoffpreise sind unter dem Eindruck des Kriegs in der Ukraine zeitweise nochmals deutlich gestiegen. Bereits im Verlauf des vergangenen Jahres hatten die Rohstoffpreise auf breiter Front stark zugelegt. Die konjunkturbedingt stark steigende Nachfrage traf beim Öl – und in Europa auch beim Erdgas – zudem auf ein reduziertes Angebot. Längerfristig konzipierte Programme zum Ausbau der Infrastruktur, zum Umbau der Energieversorgung und zum Umstieg auf die Elektromobilität in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften nährten zudem die Erwartung einer längerfristig hohen Nachfrage nach vielen Industrierohstoffen ([Gern, 2021](#)). Vor allem bei Getreide sorgten witterungsbedingte Ernteeinbußen in wichtigen Exportländern für stark steigende Weltmarktnotierungen. In dieser Situation führte der Einmarsch Russlands in die Ukraine zu einem zusätzlichen Preisschub auf den Rohstoffmärkten, vor allem weil Unsicherheit über die zukünftigen Lieferungen dieser beiden wichtigen Rohstoffexportländer entstand

Von ihren Höchstständen sind die Rohstoffpreise zumeist zwar wieder etwas entfernt, sie bleiben im Prognosezeitraum voraussichtlich aber hoch. Der Preis für Öl der Sorte Brent ging zeitweise von in der Spitze über 130 US-Dollar je Barrel auf unter 100 Dollar zurück, in den vergangenen Wochen ist er aber wieder gestiegen auf rund 120 Dollar gestiegen. Maßgeblich war wohl der EU-Beschluss eines Embargos für den Großteil (nämlich den über Schiffe angelieferten Teil) des russischen Öls, durch den sich die Nachfrage nach Öl aus anderen Ländern nochmals erhöhte. Sofern die russische Ölproduktion, die auf dem Weltmarkt mit einem Abschlag von rund 30 Prozent gegenüber den meisten anderen Sorten gehandelt wird, zu großen Teilen von Europa in andere Länder, die sich nicht am Embargo gegen Russland beteiligen, umgelenkt werden kann, wird der Ölpreis im Prognosezeitraum zwar allmählich zurückgehen. Die wichtigsten Referenzpreise dürften aber historisch hoch bleiben, da die OPEC-Produktion wohl weiter nur allmählich ausgeweitet werden wird und neues Angebot, etwa aus den Schieferölfeldern in den Vereinigten Staaten, nur langsam auf den Markt kommt. Wir rechnen

damit, dass ein Barrel der Sorte Brent Ende 2023 immer noch knapp 100 Dollar kosten wird (Abbildung 5). Während die Preise für Erdgas weltweit bis zuletzt anzogen, besonders stark in den Vereinigten Staaten, gaben die europäischen Erdgasnotierungen mit dem Ende der Heizperiode weiter nach, wohl auch weil derzeit mit einem Boykott russischen Erdgases nicht gerechnet wird. Sie lagen Mitte Juni weit unter den Anfang März verzeichneten Höchstständen. Auch die Preise für Industriemetalle waren zuletzt zum Teil – etwa im Fall von Kupfer oder Aluminium – sogar niedriger als vor dem Krieg. Hierzu dürfte beigetragen haben, dass die Nachfrage durch die coronabedingten Lockdowns in China gedämpft wurde. Auch über den Großteil des Prognosezeitraums wird die globale Industrieproduktion – nicht zuletzt wegen der hohen Rohstoffpreise – wohl nur schwach expandieren, so dass mit einem weiteren Rückgang der Preise für Industrierohstoffe zu rechnen ist. Im Vergleich zu den Jahren vor der Pandemie bleiben sie freilich hoch.

Abbildung 5:
Rohstoffpreise



Monatsdaten; Rohstoffpreise: HWWI-Index auf US-Dollarbasis; Ölpreis: Spotpreis Sorte Brent. Grau schattiert: Prognose des IfW Kiel.

Quelle: International Petroleum Exchange via Refinitiv Datastream; HWWI, Rohstoffpreisindex.

Besonders kritisch ist die Lage an den Märkten für Getreide. Hier wurde das Angebot durch den Ausfall der Ukraine, die vor dem Krieg knapp 10 Prozent der weltweiten Weizenexporte und reichlich 15 Prozent der Maisexporte

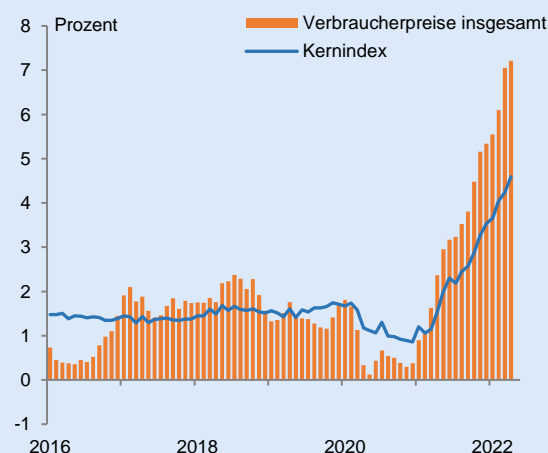
bereitstellte, deutlich reduziert wurde. Eine Wiederaufnahme der Exporte durch die Ukraine in nennenswertem Umfang ist derzeit nicht in Sicht. Verschärft wird die Situation durch das Ausfuhrverbot für Getreide in einer Reihe von zum Teil bedeutenden Exportländern (insbesondere Russland und Indien), die dadurch verhindern wollen, dass die heimischen Getreidepreise durch die steigenden Weltmarktpreise nach oben gezogen werden. In der Folge bewegten sich die Getreidepreise bis zuletzt auf oder in der Nähe historischer Höchststände. Mit einem spürbaren Rückgang ist vorerst nicht zu rechnen, wodurch vor allem in Entwicklungsländern die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln gefährdet ist, aber auch in vielen Schwellenländern die soziale Situation schwierig zu werden droht.

Der Inflationsschub in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist nicht nur energiepreisbedingt. Der Anstieg der Verbraucherpreise hat weltweit in den vergangenen Monaten stark angezogen (Abbildung 6).

In vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften wurden langjährige Höchststände erreicht. Im Mai 2022 lag die Inflation in den Vereinigten Staaten bei 8,6%, im Euroraum betrug sie 8,1%, im Vereinigten Königreich sogar 9,0% (April). Vielfach wird der Inflationsschub mit dem Krieg in der Ukraine in Verbindung gebracht. Tatsächlich nahm der Beitrag von den Preisen für Energie und Landwirtschaftsprodukte nach der Invasion nochmals deutlich zu. Zudem haben kriegsbedingte Ausfälle bei der ukrainischen Industrieproduktion und Rückgänge im Handel mit Russland das Problem der Lieferengpässe wieder verschärft. Allerdings erfolgte der größere Teil der Inflationsbeschleunigung bereits vor dem Krieg in der Ukraine. Die Produzentenpreise waren im Februar 2022 – also vor dem Kriegsbeginn – in den USA bereits um mehr als 10,0% höher als ein Jahr zuvor, im Euroraum sogar um reichlich 30%. Viel spricht dafür, dass die umfangreichen fiskalischen Stützungsprogramme während der Corona-Krise die Nachfrage so stark stimuliert haben, dass sie die Angebotsmöglichkeiten überstieg. Vor allem in den Vereinigten Staaten, in geringerem Ausmaß aber auch im Vereinigten Königreich und im Euroraum, hat dies zu einem starken Anstieg auch der Kernrate der Inflation beigetragen, bei der Veränderungen der

besonders volatilen Energie- und Nahrungsmittelpreise ausgeblendet werden (Gern et al., 2022a).

Abbildung 6:
Verbraucherpreise in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften



Monatsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahr der Verbraucherpreise in den Vereinigten Staaten, im Euroraum, in Japan und im Vereinigten Königreich, gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Preisen und Wechselkursen von 2019; Kernindex: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

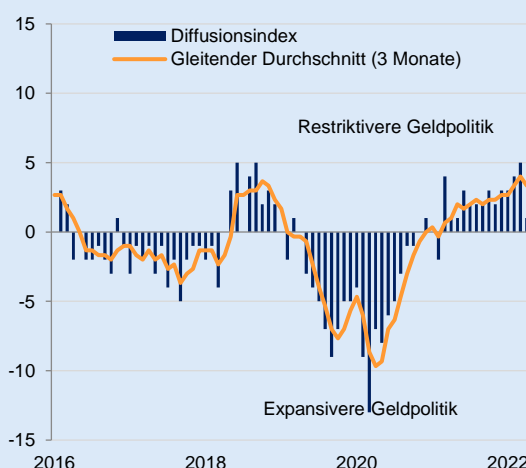
Quelle: OECD, Main Economic Indicators; Berechnungen des IfW

Der Ausblick für die Inflation hat sich deutlich verschlechtert. Die Prognosen für die Inflation haben sich nicht nur aufgrund eines aktuell stärker als erwarteten Verbraucherpreisauftriebs erhöht, sondern auch wegen der hohen Dynamik bei den Produzentenpreisen, die mit Verzögerung in den Verbraucherpreisen ankommt (Boysen-Hogrefe, 2022). Eine rasche Rückkehr zu Inflationsraten, die mit Preisstabilität vereinbar sind, ist auch unter sehr günstigen Annahmen über die Entwicklung bei den Produzentenpreisen nicht zu erwarten (OECD, 2022 Box 1.5).

Die Geldpolitik wird inzwischen nahezu überall gestrafft, die erwarteten Zinsanhebungen sind gemessen am Ausmaß der Inflation aber moderat. Nachdem zunächst – bereits im Sommer vergangenen Jahres – einige Länder Osteuropas (Ungarn, Polen, Tschechien) sowie Südkorea und Neuseeland begonnen hatten, die Notenbankzinsen anzuheben, folgten Ende 2021 die Bank von England und im März 2022 die US-Notenbank. Sie hat die Obergrenze für die Federal Funds Rate Anfang Mai nochmals – diesmal um 0,5 Prozentpunkte – auf nunmehr

1 Prozent angehoben. Weitere Zinserhöhungen sind absehbar, wir rechnen mit einem Anstieg auf 3 Prozent am Ende dieses Jahres. Außerdem hat die Fed beschlossen, dem Finanzsektor Liquidität zu entziehen, indem sie ihren Bestand an Wertpapieren, den sie in den vergangenen Jahren zur Anregung der Konjunktur erworben hatte, in beträchtlichem Tempo verringert. Zu diesem Schritt hat sich die EZB hingegen noch nicht entschieden, sie verzichtet vorerst nur auf den Erwerb zusätzlicher Vermögenstitel und will Mittel aus fällig werdenden Anleihen bis auf Weiteres wieder anlegen. Eine erste Zinserhöhung – um 25 Basispunkte – ist inzwischen aber für Juli in Aussicht gestellt worden, und wir rechnen mit einem weiteren Anstieg des Hauptrefinanzierungssatzes auf 1,25 Prozent am Ende dieses und 2,5 Prozent bis Ende des nächsten Jahres. In Japan, wo die Inflation weiterhin deutlich niedriger ist als in den meisten anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, zeichnet sich immer noch kein Ende der extrem lockeren Geldpolitik ab. In den Schwellenländern setzte sich dagegen der Zinserhöhungszyklus fort, der bereits seit über einem Jahr im Gange ist mit dem Ziel, einem Abwärtsdruck auf die Wechselkurse zu begegnen und die Inflationsdynamik zu bremsen (Abbildung 7).

Abbildung 7:
Geldpolitik in Schwellenländern



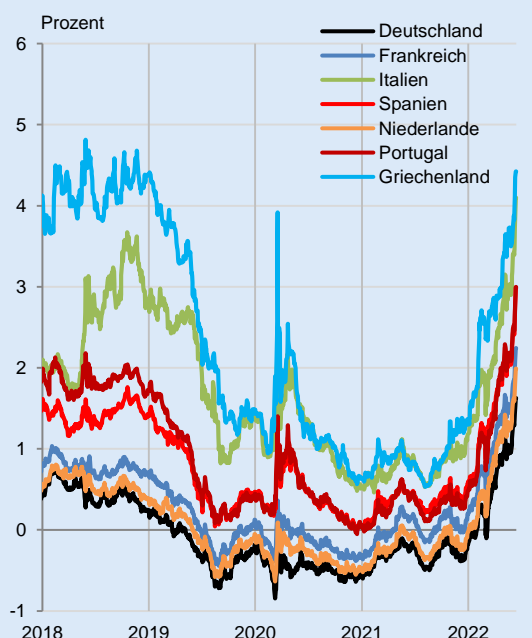
Monatsdaten. Der Diffusionsindex entspricht der Anzahl der Zentralbanken, die in einem gegebenen Monat die Zinsen erhöhten minus der Anzahl der Zentralbanken, die in einem gegebenen Monat die Zinsen senkten. Enthaltene Schwellenländer: Argentinien, Brasilien, Chile, China, Indonesien, Indien, Kolumbien, Mexiko, Malaysia, Peru, Philippinen, Russland, Südafrika, Thailand, Türkei.

Quelle: Bank of International Settlements (BIS); Berechnungen des IfW Kiel.

Die EZB droht in eine heikle Situation zu geraten, wenn sich die Zinsdifferenz zwischen den Anleihen verschiedener Länder des Euroraums weiter deutlich erhöht. Die vorsichtige und vergleichsweise späte Straffung der Geldpolitik im Euroraum ist wohl auch dadurch bedingt, dass die EZB Turbulenzen an den Anleihemärkten vermeiden will. Die Renditen auf Staatsanleihen der Länder des Euroraums sind in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen (Abbildung 8). Auch die Risikoaufschläge relativ zu den deutschen Staatsanleihen haben sich in den vergangenen Monaten spürbar ausgeweitet. Sollte sich mit steigenden Zinsen an den Finanzmärkten wieder Sorge um die längerfristige Tragbarkeit der finanziellen Verpflichtungen hoch verschuldeter Mitgliedsländer ausbreiten, könnte dies dazu führen, dass sich die Risikoprämien so stark ausweiten, dass eine negative Spirale droht, wie sie in der Schuldenkrise 2011/12 beobachtet wurde. In Ermangelung politisch durchsetzbarer Alternativen wäre die EZB wohl wieder gefordert, den Euroraum mit Kaufprogrammen zusammenzuhalten, diesmal allerdings in einem Umfeld mit hoher Inflation (Gern et al., 2022b).

Die Finanzpolitik konsolidiert insgesamt nur moderat. Die in den vergangenen beiden Jahren in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften – und in geringerem Umfang auch in vielen Schwellenländern – getätigten hohen Ausgaben zur Milderung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie sind zwar mit fortschreitender Normalisierung der wirtschaftlichen Aktivität deutlich zurückgegangen und nehmen im Prognosezeitraum weiter ab. Gleichzeitig werden aber in vielen Ländern Programme umgesetzt, die das Ziel haben, die öffentliche Infrastruktur zu verbessern und Herausforderungen wie dem Klimawandel zu begegnen. In den Vereinigten Staaten hat ein solches Maßnahmenpaket allerdings im Kongress keine Mehrheit erhalten. So dürften hier die vom Auslaufen der massiven Corona-Hilfen ausgehenden restriktiven Effekte auf die Konjunktur überwiegen, auch wenn noch ein kleineres Programm bewilligt werden sollte und die Rüstungsausgaben als Folge des Kriegs in der Ukraine an Gewicht gewinnen. Rüstungsausgaben werden auch in Europa erhöht, und es werden wohl beträchtliche Mittel zur Umstellung der Energieversorgung aufgewendet. Hinzu kommen in vielen Ländern Maßnahmen zur Entlastung von privaten Haushalten und Unternehmen von den gestiegenen Energiekosten mit zum Teil beträchtlichen fiskalischen Kosten. In der Europäischen Union ist abzusehen, dass die allgemeine Ausnahmeklausel von den Fiskalregeln auch im kommenden Jahr in Kraft bleibt. Damit können die Sparmaßnahmen, die in einigen Ländern notwendig sind, um die Neuverschuldung auf ein regelkonformes Maß zu reduzieren, zeitlich gestreckt werden und die Reduzierung der Neuverschuldung wird wohl auch im kommenden Jahr gering ausfallen.

Abbildung 8:
Zinsen auf Staatsanleihen



Tagesdaten, Renditen von Staatsanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit.

Quelle: Refinitiv.

Ausblick: Gedämpfte Weltkonjunktur

Nach dem kräftigen Anstieg im vergangenen Jahr expandiert die Weltwirtschaft in diesem und im nächsten Jahr nur noch verhalten. Durch die hohe Inflation sinken die Reallöhne in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und in vielen Schwellenländern. Die schwindende Kaufkraft der Arbeitseinkommen bremst den privaten Konsum, auch wenn Gewinneinkommen zunehmen und die in Pandemiezeiten ange-

sammelte Ersparnis wohl zu einem Teil zur Finanzierung von Konsumausgaben verwendet werden wird. Dämpfend wirkt zudem die Straffung der Geldpolitik, die neben höheren Zinsen auch einen Rückgang von Vermögenswerten zur Folge hat. So sind etwa in den Vereinigten Staaten bereits deutliche Auswirkungen in zinsreagiblen Bereichen wie dem Wohnungsbau sichtbar. Da in den meisten großen Ländern bei Immobilienkrediten längerfristige Zinsbindungen überwiegen, erhöht sich die Belastung für die Mehrzahl der Bestandsschuldner vorerst aber nicht. Der Ukrainekrieg hat zwar enorme Investitionsbedarfe deutlich gemacht, etwa im Bereich der Energieversorgung, aber auch ökonomische Unsicherheit erzeugt, welche die Investitionsneigung für sich genommen dämpft. Schließlich wirkt die Finanzpolitik in den Vereinigten Staaten deutlich bremsend, und in China scheint die Wirtschaft in einer Konsolidierungsphase zu sein, die auch nach Überwindung der durch die Politik im Umgang mit Covid-19 bedingten wirtschaftlichen Stockungen keine starke Expansion erwarten lässt. Andererseits besteht im Prognosezeitraum noch Rückenwind durch die Normalisierung der Aktivität in Bereichen, in denen es im Zuge der bisherigen gesamtwirtschaftlichen Erholung noch nicht zu einer Annäherung an ein Normalniveau der Geschäftstätigkeit gekommen ist, etwa bei manchen personennahen Dienstleistungen wie dem internationalen Tourismus. Alles in allem rechnen wir damit, dass sich der kräftige Aufschwung der Weltwirtschaft des Jahres 2021 in diesem Jahr nicht fortsetzt und die Weltproduktion (auf Basis von Kaufkraftparitäten) nur noch mit einer Rate von 3,0 Prozent zunimmt (Tabelle 1). Auch im Jahr 2023 wird die weltwirtschaftliche Aktivität mit 3,2 Prozent voraussichtlich nur moderat steigen. Auf der Basis von Marktwechselkursen ergeben sich Veränderungsraten der globalen Produktion von jeweils 2,9 Prozent in diesem und im nächsten Jahr. Für den weltweiten Warenhandel rechnen wir nach dem starken Zuwachs um 10,2 Prozent im vergangenen Jahr mit einem nur geringen Anstieg im Verlauf dieses Jahres. Im Durchschnitt ergibt sich für 2022 noch ein Anstieg um 2,8 Prozent. Trotz einer Beschleunigung im Verlauf wird die Zuwachsraten im kommenden Jahr mit 1,6 Prozent sogar niedriger ausfallen.

Die Aussichten haben sich im Vergleich zum Frühjahr vor allem in den Schwellenländern deutlich verschlechtert. Insgesamt haben wir die Zuwachsraten für die Weltproduktion aus unserer Märzprognose sowohl für 2022 als auch für 2023 deutlich – um 0,4 bzw. 0,3 Prozentpunkte – reduziert. Dabei haben wir unsere Erwartung für den Produktionsanstieg in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften für das laufende Jahr geringfügig auf 2,8 Prozent erhöht (Tabelle 2). Einer spürbaren Abwärtsrevision für die Vereinigten Staaten steht eine höhere Prognose für die Europäische Union und für das Vereinigte Königreich gegenüber, die dadurch bedingt ist, dass die Auswirkungen der Omikron-Welle auf die Wirtschaft geringer waren als befürchtet. Hingegen haben wir die Prognose für den Produktionsanstieg in den Schwellenländern deutlich auf 3,4 Prozent verringert, nicht zuletzt aufgrund einer schwächeren Entwicklung in China (Tabelle 3). Für das nächste Jahr haben wir unsere Erwartungen für die fortgeschrittenen Volkswirtschaften um 0,2 Prozentpunkte und für die Schwellenländer um 0,3 Prozentpunkte abgesenkt.

Die US-Wirtschaft expandiert deutlich schwächer, und die Teuerungsrate geht nur langsam zurück. Obwohl das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal um 0,4 Prozent sank, scheint die konjunkturelle Expansion bislang intakt. Der Rückgang war zum einen auf einen geringeren Lageraufbau zurückzuführen, zum anderen gingen die Exporte zurück, während die Importe stark stiegen. Der inländische Konsum erhöhte sich hingegen mit einer Rate von 0,7 Prozent trotz des Kaufkraftentzugs durch die hohe Inflation nochmals deutlich. Zur Finanzierung wird offenbar zunehmend auf die zusätzlichen Ersparnisse zurückgegriffen, die während der Pandemie gebildet wurden. Die Sparquote sank im April auf 4,4 Prozent, den niedrigsten Stand seit 14 Jahren, und sie liegt inzwischen deutlich unter dem vor der Pandemie verzeichneten Niveau von rund 7½ Prozent. Im Prognosezeitraum dürfte sich die Konsumdynamik verlangsamen, da die Kaufkraft der Lohneinkommen weiter sinkt. Zudem schwächt sich der Wohnungsbau seit Anfang dieses Jahres deutlich ab. Die seit Beginn des Jahres stark angestiegenen Hypothekenzinsen machen die Finanzierung der seit 2012 stetig teurer gewordenen

Immobilien zunehmend schwierig. So ging der Absatz von neu errichteten Häusern seit Beginn des Jahres um 30 Prozent zurück. Einen Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Produktion erwarten wir indes nicht. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr um 2,1 Prozent zulegen, für nächstes Jahr rechnen wir mit einem Zuwachs um 1,4 Prozent. Bei alledem bleibt der Arbeitsmarkt stark ausgelastet. Zwar war die Zahl der Erwerbstätigen auch zuletzt noch um rund 820.000 Personen geringer als vor der Corona-Krise, doch ist die Partizipationsquote offenbar nachhaltig gefallen und die Arbeitslosenquote lag im April mit 3,6 Prozent fast wieder auf ihrem Vorkrisenniveau. Die Teuerung wird zurzeit auch von der Rückverlagerung der Nachfrage hin zu den Dienstleistungen geprägt; Bereiche, die von der Normalisierung des Konsumverhaltens profitieren zeigten zuletzt die größten Preisanstiege. So wurden beispielsweise die Preise für Flugtickets im April um 18,6 Prozent erhöht, der stärkste Anstieg seit Beginn der Erhebung. Auch wenn einige Basis- und Sondereffekte in den kommenden Monaten inflationsdämpfend wirken und die Geldpolitik gestrafft wird, dürfte die Inflation nur langsam zurückgehen und nach einem Anstieg um 8,2 Prozent in diesem Jahr mit 4,0 Prozent auch 2023 deutlich über dem Ziel der Notenbank liegen.

Die Null-Covid-Politik bremst die chinesische Wirtschaft deutlich. Die gegen Jahresende

2021 verzeichnete kräftige Erholung der chinesischen Konjunktur setzte sich zwar im ersten Quartal mit einem Zuwachs von 1,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal noch fort, doch waren im März die Auswirkungen der strikten Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 bereits deutlich spürbar, die im April und Mai ihren Höhepunkt erreichten und die Produktion im zweiten Vierteljahr wohl deutlich reduziert haben. Insgesamt waren rund ein Fünftel der chinesischen Bevölkerung in 41 Städten, darunter wirtschaftliche Zentren wie Shanghai und Shenzhen, von den Lockdowns betroffen (KPMG, 2022). Nachdem es gelungen ist, die Infektionsraten wieder auf ein sehr niedriges Niveau zu drücken, wird die weitgehende Lockerung der Einschränkungen ab Juni wohl zu einer Erholung von Industrieproduktion und Einzelhandel führen. Zu den Belastungen durch die Pandemie kommen Probleme am Immobilienmarkt, die die Konjunktur weiter bremsen. So hat sich der Rückgang der Immobilienpreise bis zuletzt fortgesetzt und die Anzahl der neu gestarteten Bauprojekte ist seit Beginn des Jahres deutlich gefallen. Bei alledem ist für dieses Jahr nur mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 4,2 Prozent zu rechnen, nachdem im vergangenen Jahr ein sehr kräftiger Zuwachs um 8,1 Prozent verzeichnet worden war. Für 2023 erwarten wir eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 5,8 Prozent.

Tabelle 1:
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
		2021	2022	2023	2021	2022	2023
Weltwirtschaft	100	5,9	3,0	3,2	6,8	9,5	6,7
darunter							
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	58,9	5,2	2,5	2,0	3,3	6,9	3,8
China	18,2	8,1	4,2	5,8	1,1	1,9	2,5
Lateinamerika	4,7	6,5	1,8	1,9	29,0	19,7	16,3
Indien	6,8	8,3	6,9	6,4	5,1	7,1	6,2
Ostasiatische Schwellenländer	5,0	3,6	4,2	4,3	2,2	3,8	3,1
Russland	3,1	4,7	-8,0	-5,5	5,9	17,5	12,0
Afrika	2,3	5,7	3,4	3,7	15,5	16,1	11,0
<i>Nachrichtlich:</i>							
Welthandelsvolumen (Waren)		10,2	2,8	1,6			
Weltwirtschaft (gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 in US-Dollar)		5,8	2,9	2,9	5,1	7,8	5,2

Prozent. Gewicht: gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 nach Kaufkraftparität. — Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise: Veränderungen gegenüber dem Vorjahr; Ostasiatische Schwellenländer: Thailand, Malaysia, Indonesien und Philippinen; Fortgeschrittene Länder: Die Werte stimmen nicht notwendigerweise mit denen in Tabelle 2 überein, da der Länderkreis hier breiter gefasst ist und ein anderes Konzept bei der Gewichtung verwandt wird.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; OECD, *Main Economic Indicators*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 2:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, und Arbeitslosenquote in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		2021	2022	2023	2021	2022	2023	2021	2022	2023
Europäische Union	39,9	5,3	3,3	2,8	2,8	7,1	3,7	7,1	6,2	5,7
Euroraum	34,0	5,3	3,1	2,7	2,6	6,8	3,5	7,7	6,8	6,3
Schweden	0,9	4,9	2,1	2,5	2,7	5,9	3,2	8,8	7,6	6,8
Polen	2,2	5,8	6,0	3,3	5,2	9,8	5,7	3,4	3,0	2,8
Vereinigtes Königreich	5,1	7,4	2,9	0,4	2,6	8,5	6,8	4,5	4,0	3,9
Schweiz	1,1	3,7	2,3	1,2	0,6	2,6	1,6	5,1	4,8	4,6
Norwegen	0,6	4,0	2,9	1,6	3,5	4,8	3,5	4,8	4,2	4,0
Vereinigte Staaten	35,1	5,7	2,4	1,9	4,7	8,2	4,0	5,4	3,6	3,5
Kanada	3,1	4,6	3,0	2,3	3,4	6,6	3,5	7,4	5,5	5,4
Japan	8,9	1,6	1,0	1,7	-0,2	2,2	1,5	2,8	2,7	2,6
Südkorea	3,9	4,1	2,6	2,3	2,5	4,6	3,4	3,6	3,3	3,2
Australien	2,2	4,8	3,8	3,1	2,9	4,9	4,0	5,1	4,7	4,3
Aufgeführte Länder	100,0	5,3	2,8	2,3	3,3	7,1	3,9	3,0	2,3	2,2

Prozent. Gewicht gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 in US-Dollar. — Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, Europäische Union und Norwegen: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2020.

Quelle: Eurostat, VGR; OECD, *Main Economic Indicators*; IMF *World Economic Outlook Database*; Statistics Canada, *Canadian Economic Account*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 3:
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in ausgewählten Schwellenländern

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Indonesien	5,7	-2,1	3,7	5,5	5,7	2,0	1,6	3,2	2,8
Thailand	2,2	-6,2	1,6	3,4	4,1	-0,8	1,2	3,2	2,5
Malaysia	1,6	-5,6	3,1	5,5	5,4	-1,1	2,5	2,8	2,4
Philippinen	1,6	-9,6	5,6	6,1	6,0	2,4	3,9	4,2	3,5
Insgesamt	11,0	-4,5	3,5	5,2	5,4	1,1	2,0	3,3	2,8
China	41,5	2,3	8,1	4,2	5,8	2,5	1,1	1,9	2,5
Indien	15,5	-6,6	8,3	7,1	5,9	6,6	5,1	6,3	5,4
Asien insgesamt	67,9	-0,8	7,4	5,0	5,7	3,2	2,2	3,1	3,2
Brasilien	5,4	-3,9	4,7	0,7	1,5	3,2	8,3	11,4	6,8
Mexiko	4,2	-8,2	4,8	1,8	1,9	3,4	5,7	7,2	4,7
Argentinien	1,6	-9,9	9,4	2,4	1,9	42,0	48,4	59,0	55,0
Kolumbien	1,2	-6,8	9,8	4,1	2,8	2,5	3,5	8,7	6,4
Chile	0,8	-5,8	11,7	2,0	1,1	3,0	4,5	9,5	4,7
Peru	0,7	-11,0	12,6	2,5	2,7	1,8	4,0	6,8	4,5
Lateinamerika insgesamt	13,9	-6,6	6,5	1,7	1,8	7,6	11,3	15,1	11,5
Ägypten	2,2	3,6	3,3	5,0	4,6	5,7	5,2	7,6	5,8
Nigeria	1,8	-1,8	3,0	3,3	2,8	13,2	17,0	17,5	15,0
Südafrika	1,4	-6,4	5,0	1,6	2,0	3,3	4,6	5,8	5,2
Algerien	0,9	-4,9	3,8	3,1	2,9	2,4	6,7	9,0	7,2
Äthiopien	0,5	6,1	2,4	3,0	5,0	20,4	26,7	28,0	20,0
Afrika insgesamt	6,7	-0,8	3,6	3,5	3,4	7,9	10,0	11,6	9,4
Russland	7,1	-3,0	4,7	-8,0	-5,5	2,6	5,9	17,5	12,0
Türkei	4,4	1,8	11,0	3,3	2,9	12,3	17,0	75,0	50,0
Aufgeführte Länder	100,0	-1,7	7,0	3,4	4,1	4,5	4,9	9,5	7,4

Prozent. Gewicht: gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 nach Kaufkraftparitäten. — Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Asien insgesamt, Lateinamerika insgesamt: aufgeführte Länder.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Statistiken; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die Erholung im Euroraum wird durch hohe Inflation und die Kriegsfolgen gebremst. Die Wirtschaftsleistung der Währungsunion stieg im ersten Quartal 2022 um immerhin 0,6 Prozent, obwohl – gerade zu Jahresbeginn – noch Belastungen durch die Corona-Pandemie bestanden und die Aktivität von hohen Energiepreisen und steigender Unsicherheit angesichts des beginnenden Ukrainekriegs gedämpft wurde. Das Niveau des – erneut um 0,8 Prozent gesunkenen – privaten Konsums lag zuletzt rund 3 Prozent unter dem Vorkrisenstand aus dem vierten Quartal 2019. Mit dem Wegfall der Belastungen vonseiten der Corona-Pandemie und angesichts der aufgestauten Ersparnisse der Pandemiezeit war für das zweite und dritte Quartal des laufenden Jahres ein kräftiger Anstieg des privaten Verbrauchs und der Wirtschaftsleistung angelegt. Der Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen auf Energie- und Rohstoffpreise, Lieferketten und die hohe Unsicherheit streuen jedoch Sand ins Getriebe der Erholung. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte steigen im laufenden Jahr nicht im selben Maße wie die Preise, somit wird die Erholung des privaten Verbrauchs durch den hohen Preisdruck spürbar gedämpft. Die Wertschöpfung in der Industrie leidet unter den Störungen der internationalen Lieferketten durch die Folgen des Krieges und der strikten Corona-Politik in China. Insgesamt wird die Wirtschaftsleistung im Jahr 2022 wohl um 3,1 Prozent zulegen, im kommenden Jahr um 2,7 Prozent. Die Verbraucherpreise dürften im Jahr 2022 um 6,8 Prozent steigen. Im Folgejahr wird sich der Preisanstieg wohl wieder auf 3,5 Prozent reduzieren, vor allem weil die Energiepreise dann nicht mehr wesentlich zur Gesamtinflation beitragen dürften. Die Inflationsrate und insbesondere die Kerninflation werden jedoch weiterhin deutlich über dem Inflationsziel der EZB liegen.

Der britischen Wirtschaft droht eine Rezession. Der Preisauftrieb ist im Vereinigten Königreich besonders ausgeprägt. Nach einer Anhebung der Gaspreisobergrenze sprang die Inflation im April auf 9 Prozent und für den Herbst ist nach einer nochmaligen Anpassung sogar mit Raten von rund 10 Prozent zu rechnen. Die Reallohne sinken deutlich, die Zinsen steigen, und die wirtschaftliche Aktivität, insbesondere der Außenhandel, wird durch Unsicherheit und

zusätzliche Kosten als Folge des Brexit belastet. Bei diesen Rahmenbedingungen und angesichts einer schwächeren Weltkonjunktur wird die britische Wirtschaft deutlich an Fahrt verlieren. Wir rechnen damit, dass das Bruttoinlandsprodukt in den kommenden Monaten sogar sinken dürfte. Für den Jahresdurchschnitt 2022 rechnen wir vor allem aufgrund des hohen statistischen Überhangs aus dem Vorjahr noch mit einem deutlichen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 2,9 Prozent. Im Jahr 2023 dürfte der Zuwachs trotz einer etwas stärkeren Expansion im Verlauf nur noch 0,4 Prozent betragen.

Auch die Konjunktur in Lateinamerika trübt sich ein. Die Wirtschaft legte zwar im ersten Quartal in den meisten Ländern Lateinamerikas recht ordentlich zu, doch haben sich die Aussichten für den weiteren Verlauf dieses Jahres verschlechtert. Zwar haben sich die Erlöse der Unternehmen im Rohstoffsektor aufgrund der höheren Preise verbessert. Gleichzeitig leiden aber die privaten Haushalte unter der immer höheren Inflation, die vor allem bei Lebensmittel und Energie stark angezogen hat. Angesichts der hohen Preissteigerungsraten haben die lateinamerikanischen Zentralbanken die Geldpolitik weiter gestrafft. Neben den höheren Zinsen bremst in einigen Ländern eine hohe Unsicherheit über die zukünftige Wirtschaftspolitik die Investitionen und belastet den Ausblick für die Konjunktur. Insgesamt haben wir die bereits recht moderaten Erwartungen für die gesamtwirtschaftliche Expansion in Lateinamerika nochmals reduziert, während die Prognose für die Inflation angehoben wurde.

Die russische Wirtschaft bricht ein. Mit dem Ukrainekrieg haben sich die Rahmenbedingungen drastisch geändert. Viele westliche Unternehmen haben sich aufgrund der Sanktionen, häufiger aber noch als freiwillige Konsequenz aus der geopolitischen Situation, aus Russland zurückgezogen oder ihre Geschäftstätigkeit stark reduziert. Der resultierende Einbruch der Importe und damit verbundene Probleme in den Produktionsketten lassen einen starken Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion erwarten. Wir rechnen mit einer Schrumpfung um 8 Prozent in diesem und um 5,5 Prozent im nächsten Jahr. Eine rasche Erholung ist nicht zu erwarten; der geringere internationale Aus-

tausch von Waren, aber auch von Dienstleistungen und Knowhow verschlechtert die Wachstumsaussichten für die russische Wirtschaft auf längere Sicht massiv. Der Rubel ist gegenüber dem Dollar inzwischen zwar höher bewertet als vor dem Krieg, nachdem er anfangs stark abgewertet hatte. Dies wurde durch eine hohe Nachfrage nach russischer Währung im Rohstoffhandel und Devisenbeschränkungen zur Unterbindung der Kapitalflucht erreicht. So wurde der Leitzins, der Anfang März zur Stützung des Wechselkurses auf 20 Prozent mehr als verdoppelt worden war, seit April schrittweise wieder auf zuletzt 9,5 Prozent gesenkt. Obwohl vom Wechselkurs nun keine Inflationsimpulse mehr ausgehen, ist weiterhin mit einem deutlichen Preisauftrieb zu rechnen, weil viele Güter als Folge von fehlenden Importen Mangelware sein werden und den steigenden Einkommen – zur Stützung der Nachfrage wurde eine zweistellige Erhöhung der Renten und Mindestlöhne beschlossen – nicht ausreichend reale Güter entgegenstehen.

Neben den geopolitischen und pandemischen Risiken besteht die Gefahr einer Verfestigung der Inflation. Der anhaltende Krieg in der Ukraine könnte die Weltkonjunktur vor allem über die Rohstoffpreise zusätzlich belasten. So würde der Ölpreis wohl nochmals steigen, wenn das Ölembargo der westlichen Sanktionsallianz

so ausgestaltet würde, dass eine Umlenkung der russischen Produktion in andere Länder stark erschwert würde, etwa durch das Verbot der Nutzung der in den westlichen Ländern basierten Tankerflotte für den Transport. Risiken bestehen auch weiterhin vonseiten der Covid-19-Pandemie. Die Prognose unterstellt, dass die Belastungen im Prognosezeitraum weiter zurückgehen und im kommenden Jahr auch in China keine große Rolle mehr spielen. Dies könnte sich als zu optimistisch erweisen, vor allem wenn neue Virusvarianten den in vielen Ländern erreichten hohen Impfschutz entwerten sollten. Problematisch wäre es, wenn sich die Inflation als hartnäckiger erweisen würde, als von den Notenbanken erwartet, und die mittelfristigen Inflationserwartungen deutlich nach oben revidiert würden. Dann müsste die Geldpolitik stärker bremsen als unterstellt, mit der Gefahr einer Rezession in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und einer ausgeprägten Verschlechterung der finanziellen Rahmenbedingungen in den Schwellenländern. Da die Staaten auf niedrige Realzinsen angewiesen sind, um die Last der Verschuldung erträglich zu halten, befänden sich die Notenbanken in einer heiklen Situation, in der sie versucht sein könnten, ihre Politik an fiskalischen Notwendigkeiten und nicht an stabilitätspolitischen Erwägungen auszurichten (Fiedler et al. 2020).

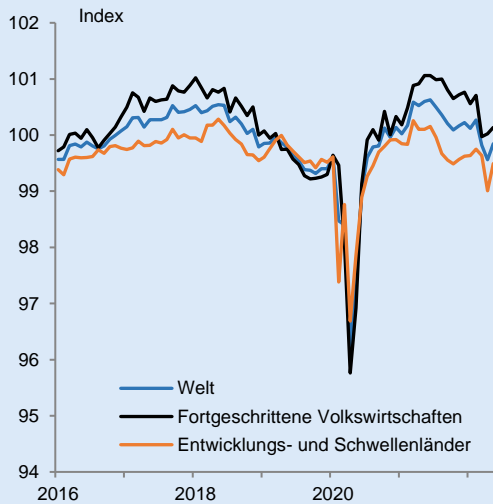
Datenanhang

INHALT

1. Weltwirtschaft	14
2. Vereinigte Staaten	15
3. Japan.....	16
4. Euroraum	17
5. Vereinigtes Königreich.....	18
6. China.....	19
7. Übrige Schwellenländer.....	20
8. Übersichtstabellen.....	21
Literatur.....	23

1. Weltwirtschaft

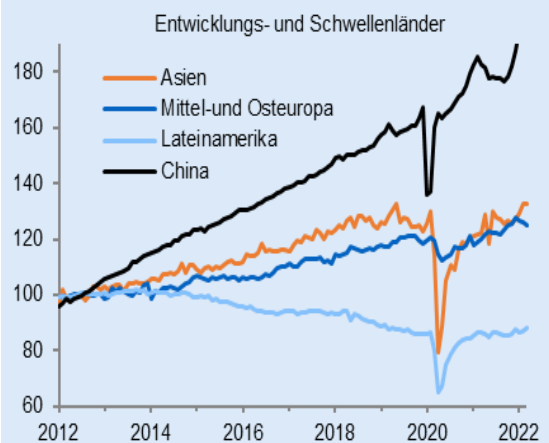
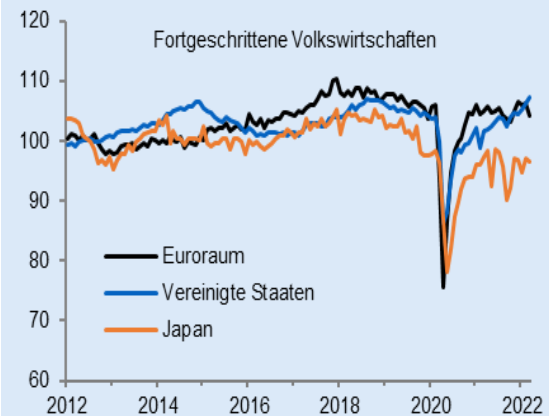
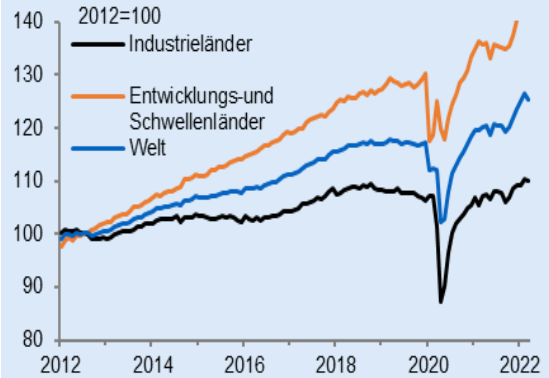
Abbildung 1.1:
Weltwirtschaftsklima nach Ländergruppen



Monatsdaten, saisonbereinigt; teilweise geschätzt; auf der Basis der im IfW-Indikator enthaltenen Stimmungskennzahlen für 42 Länder (34 fortgeschrittene Volkswirtschaften und 8 Schwellenländer).

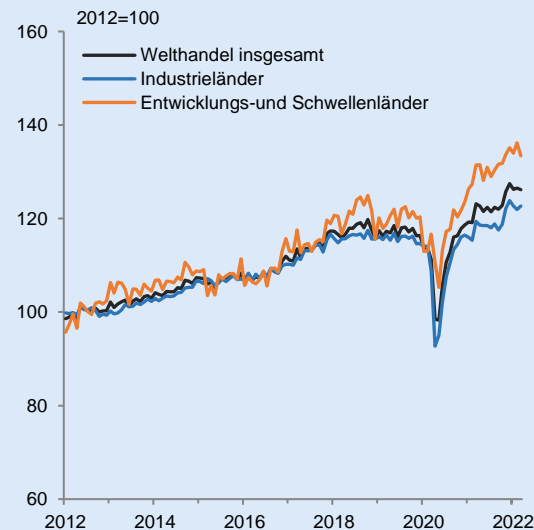
Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Quellen; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 1.2:
Weltweite Industrieproduktion nach Ländergruppen und Regionen



Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt. Letzter Wert: Juni 2021
Quelle: CPB, *World Trade Monitor*; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 1.3:
Welthandel

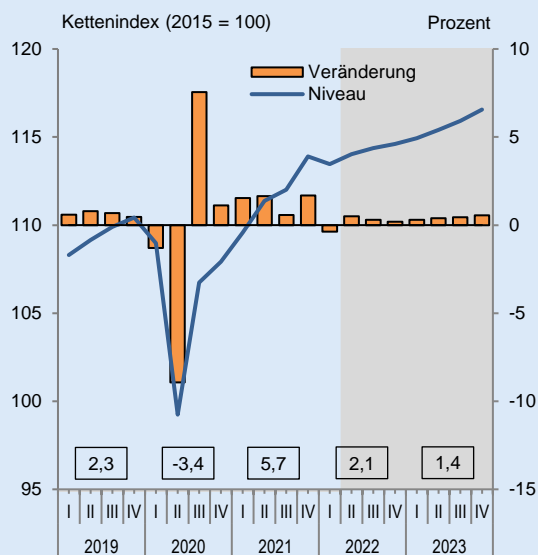


Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt.

Quelle: CPB, *World Trade Monitor*; Berechnungen des IfW Kiel.

2. Vereinigte Staaten

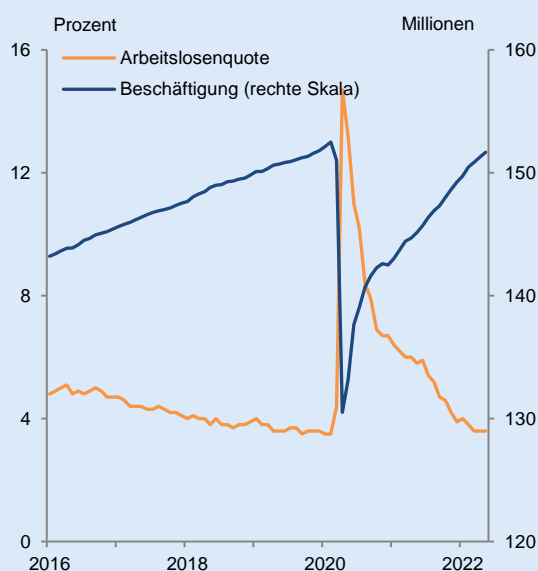
Abbildung 2.1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Bureau of Economic Analysis; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

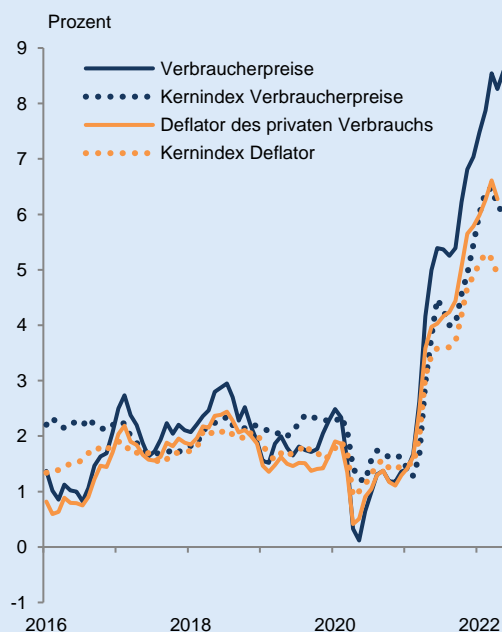
Abbildung 2.2:
Arbeitsmarkt in den Vereinigten Staaten



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: US Department of Labor, *Employment Situation*.

Abbildung 2.3:
Verbraucherpreisanstieg



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernindex: ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: US Department of Labor, Consumer Price Index.

Tabelle 2.1:
Eckdaten zur Konjunktur in den Vereinigten Staaten

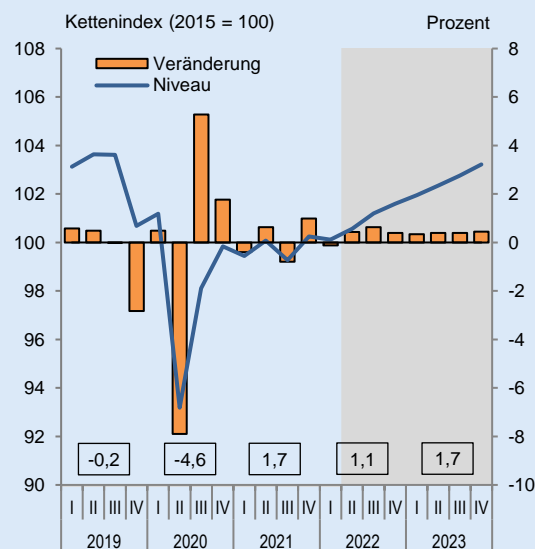
	2020	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt	-3,4	5,7	2,1	1,4
Inländische Verwendung	-3,0	6,9	3,2	1,3
Private Konsumausgaben	-3,8	7,9	2,8	1,7
Staatsausgaben	2,5	0,5	-0,5	1,5
Anlageinvestitionen	-2,7	7,8	3,9	2,6
Ausrüstungen	-8,3	13,1	6,4	3,4
Geistige Eigentumsrechte	2,8	10,0	9,2	3,7
Gewerbliche Bauten	-12,5	-8,0	-2,1	2,8
Wohnungsbau	6,8	9,2	-1,4	0,5
Vorratsveränderungen	-0,5	0,3	0,8	-0,5
Außenbeitrag	-0,4	-1,2	-1,0	0,1
Exporte	-13,6	4,5	2,7	2,4
Importe	-8,9	14,0	9,8	1,8
Verbraucherpreise	1,2	4,7	8,2	4,0
Arbeitslosenquote	8,1	5,4	3,6	3,5
Leistungsbilanzsaldo	-2,8	-3,8	-4,6	-4,5
Budgetsaldo (Bund)	-15,0	-12,1	-4,1	-4,7

Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. — Arbeitslosenquote: in Prozent der Erwerbspersonen. — Leistungsbilanzsaldo, Budgetsaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. — Budgetsaldo: Fiskaljahr.

Quelle: Bureau of Economic Analysis; US Department of Labor, *Employment Situation and Consumer Price Index*; US Department of the Treasury, Monthly Treasury Statement; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

3. Japan

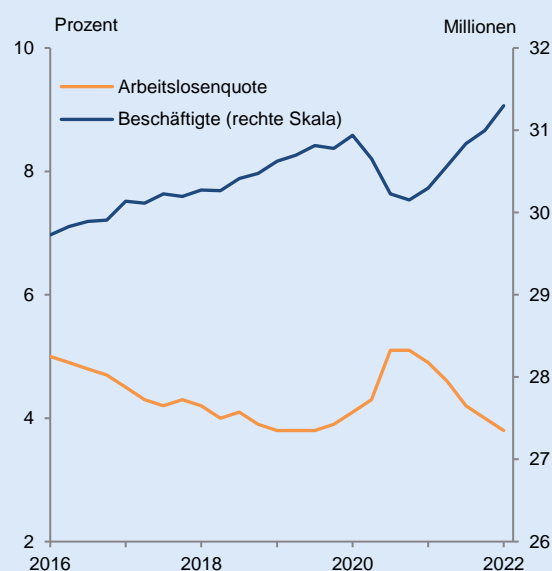
Abbildung 3.1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts*; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

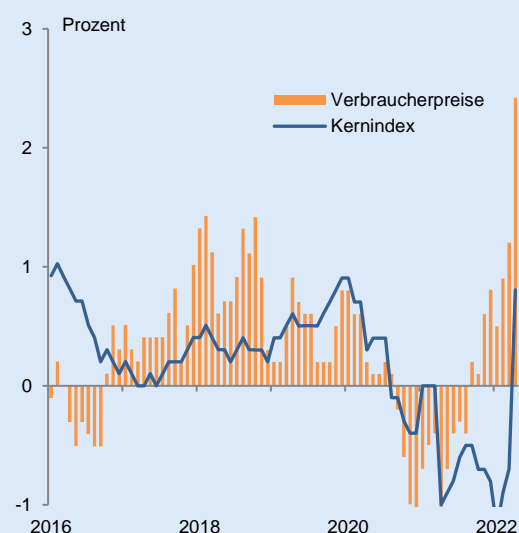
Abbildung 3.2:
Arbeitsmarkt



Quartalsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Office for National Statistics, *Economy*.

Abbildung 3.3:
Verbraucherpreisanstieg



Monatswerte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernindex: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: Statistics Bureau of Japan.

Tabelle 3.1:
Eckdaten zur Konjunktur in Japan

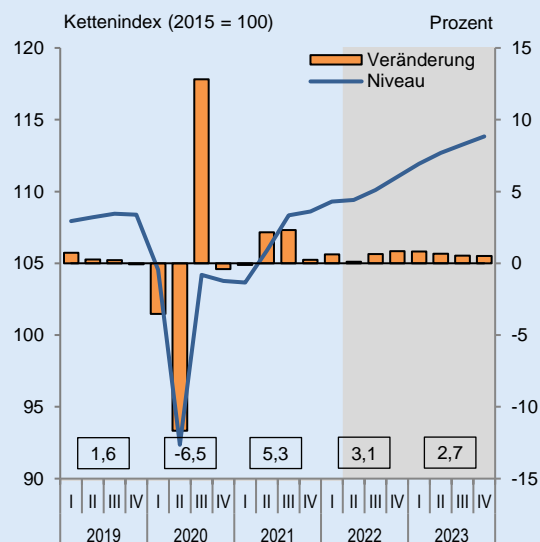
	2020	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt	-4,7	1,6	1,0	1,7
Heimische Absorption	-3,7	0,6	1,3	1,5
Privater Verbrauch	-6,0	1,8	2,4	1,3
Staatsverbrauch	2,7	1,7	1,6	0,9
Anlageinvestitionen	-0,5	-5,5	-1,8	2,6
Unternehmensinvestitionen	-6,7	-0,4	0,8	3,0
Wohnungsbau	-7,8	-7,8	-7,8	-7,8
Öffentliche Investitionen	3,7	-3,0	-8,5	2,4
Lagerinvestitionen	-0,1	-0,1	0,2	0,0
Außenbeitrag	-0,6	0,8	-0,2	0,1
Exporte	-11,8	12,0	2,9	2,7
Importe	-7,3	5,6	4,8	1,7
Verbraucherpreise	0,0	-0,2	2,2	1,5
Arbeitslosenquote	2,8	2,8	2,7	2,6
Leistungsbilanzsaldo	2,9	2,8	1,5	1,6
Budgetsaldo	-9,5	-5,7	-6,5	-5,0

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. — Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbspersonen. — Budgetsaldo: in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts*; OECD, *Main Economic Indicators*; Berechnungen des Ifw Kiel; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

4. Euroraum

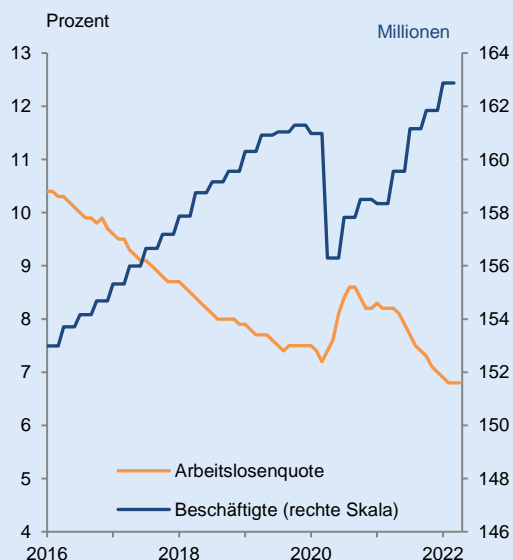
Abbildung 4.1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

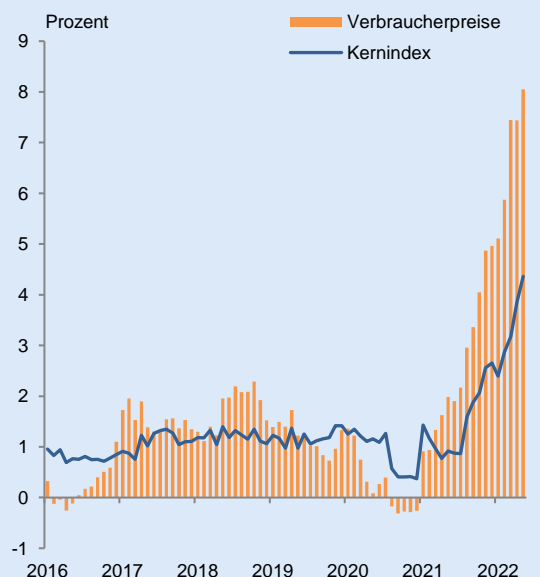
Abbildung 4.2:
Arbeitsmarkt



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Eurostat, Arbeitsmarktstatistik; EZB, Monatsbericht.

Abbildung 4.3:
Verbraucherpreisanstieg



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel.

Quelle: Eurostat, Preisstatistik.

Tabelle 4.1:

Eckdaten zur Konjunktur im Euroraum

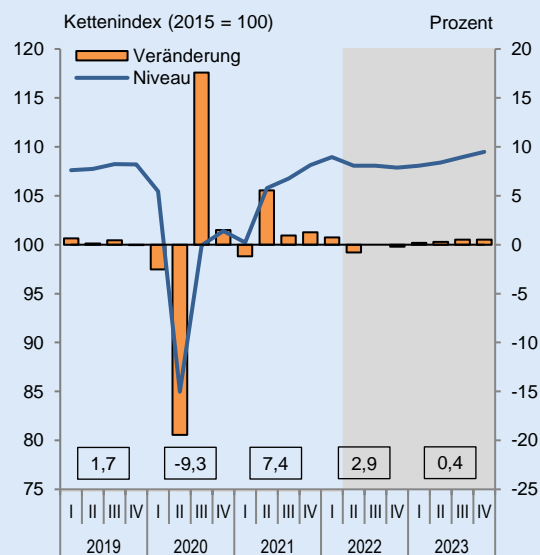
	2020	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt	-6,5	5,3	3,1	2,7
Inländ. Verwendung	-6,3	4,2	3,1	2,6
Privater Verbrauch	-7,9	3,6	2,8	2,7
Staatsverbrauch	0,9	3,9	1,1	0,6
Anlageinvestitionen	-7,2	4,1	3,1	4,4
Vorratsveränderng.	-0,5	0,4	0,6	0,0
Außenbeitrag	-0,4	1,2	0,1	0,2
Exporte	-9,5	10,8	6,1	5,1
Importe	-9,4	8,7	6,3	5,1
Verbraucherpreise	0,3	2,6	6,8	3,5
Arbeitslosenquote	7,9	7,7	6,8	6,3
Leistungsbilanzsaldo	1,8	2,5	1,1	1,7
Budgetsaldo	-7,2	-5,1	-3,2	-2,1

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. — Verbraucherpreise: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbspersonen. — Budgetsaldo: In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Eurostat, VGR; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

5. Vereinigtes Königreich

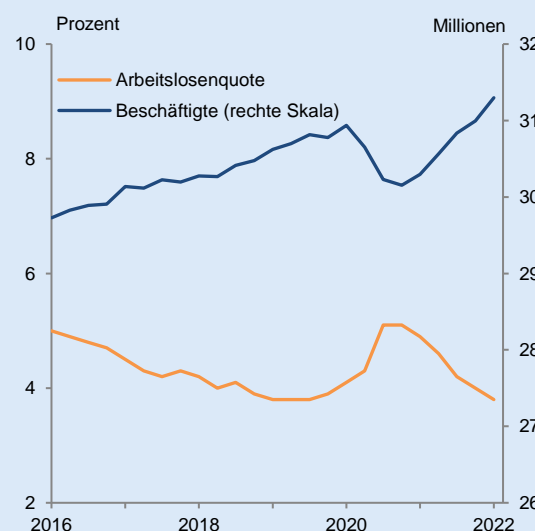
Abbildung 5.1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

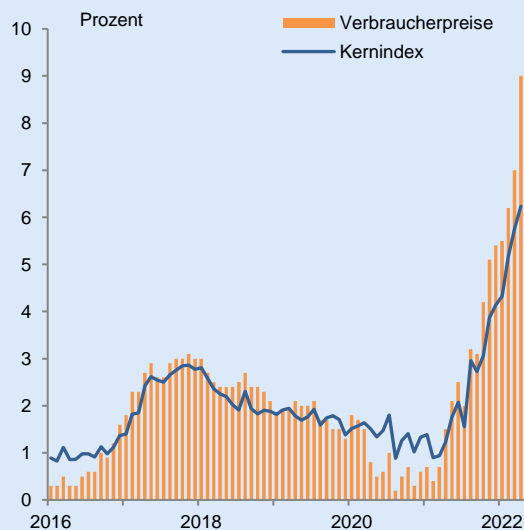
Abbildung 5.2:
Arbeitsmarkt



Quartalsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Office for National Statistics, *Economy*.

Abbildung 5.3:
Verbraucherpreisanstieg



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: Office for National Statistics, *Economy*.

Tabelle 5.1:
Eckdaten zur Konjunktur im Vereinigten Königreich

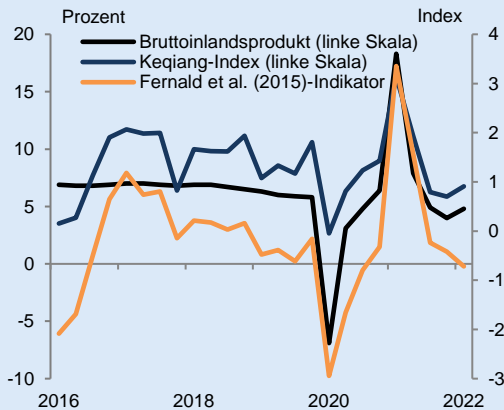
	2020	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt	-9,3	7,4	2,9	0,4
Inländische Verwendung	-10,4	8,4	3,7	0,6
Privater Verbrauch	-10,9	6,2	4,5	0,8
Staatsverbrauch	-6,3	14,3	0,6	0,1
Anlageinvestitionen	-9,2	5,9	3,5	2,0
Vorratsveränderungen	-0,5	0,8	0,8	0,0
Außenbeitrag	0,8	-1,4	-0,7	-0,2
Exporte	-14,7	-1,3	2,0	1,6
Importe	-16,8	3,8	4,2	2,2
Verbraucherpreise	0,9	2,6	8,5	6,8
Arbeitslosenquote	4,6	4,5	4,0	3,9
Leistungsbilanzsaldo	-2,5	-2,6	-7,0	-7,2
Budgetsaldo	-12,8	-8,3	-5,5	-4,5

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente. — Verbraucherpreise: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI); Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbspersonen. — Budgetsaldo: in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Office for National Statistics, *Economy*, grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

6. China

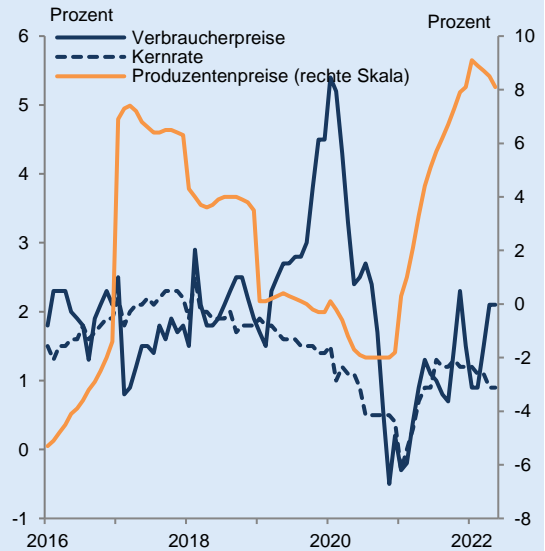
Abbildung 6.1:
Bruttoinlandsprodukt und alternative Aktivitätsmaße



Quartalsdaten. Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Keqiang-Index: arithmetisches Mittel des Kreditwachstums, der Frachtkargoraten sowie des Stromverbrauchs. Fernald et al. (2015)-Indikator: erste Hauptkomponente der Vorjahresraten der Stromerzeugung, Einzelhandelsumsätze, Schienenfrachtverkehrs und Rohmaterialpreise (zur Auswahl der Variablen, vergleiche Fernald et al. (2015). *Is China Fudging its Figures? Evidence from Trading Partner Data*. Federal Reserve Bank of San Francisco, Working Paper 2015-12).

Quelle: National Bureau of Statistics, People's Bank of China; Berechnungen des Ifw Kiel

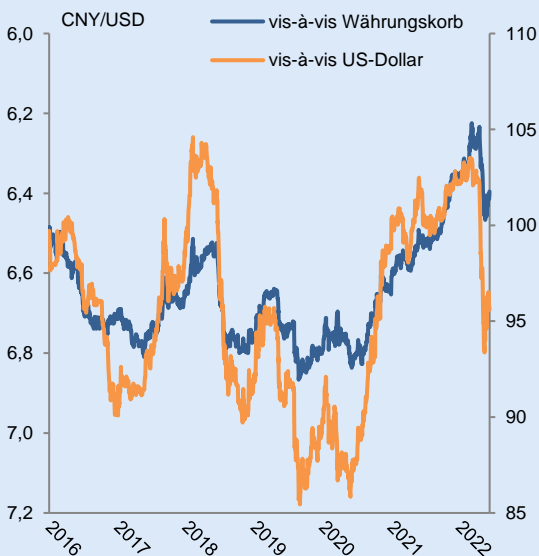
Abbildung 6.2:
Preisentwicklung



Monatswerte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: National Bureau of Statistics.

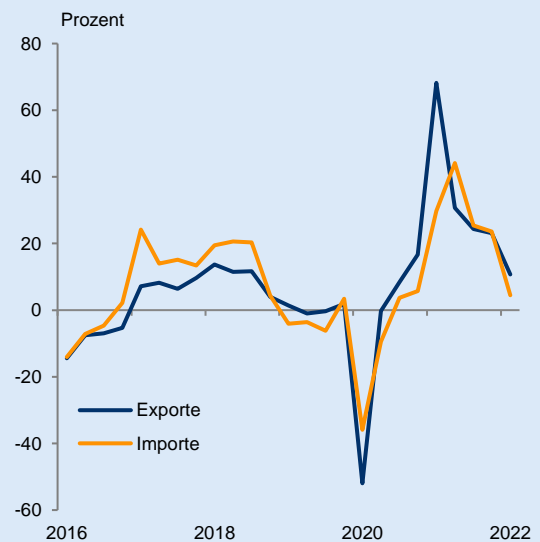
Abbildung 6.3:
Wechselkurse



Tagesdaten.

Quelle: Thomson Reuters; China Foreign Exchange Trade System; Berechnungen des Ifw Kiel.

Abbildung 6.4:
Außenhandel

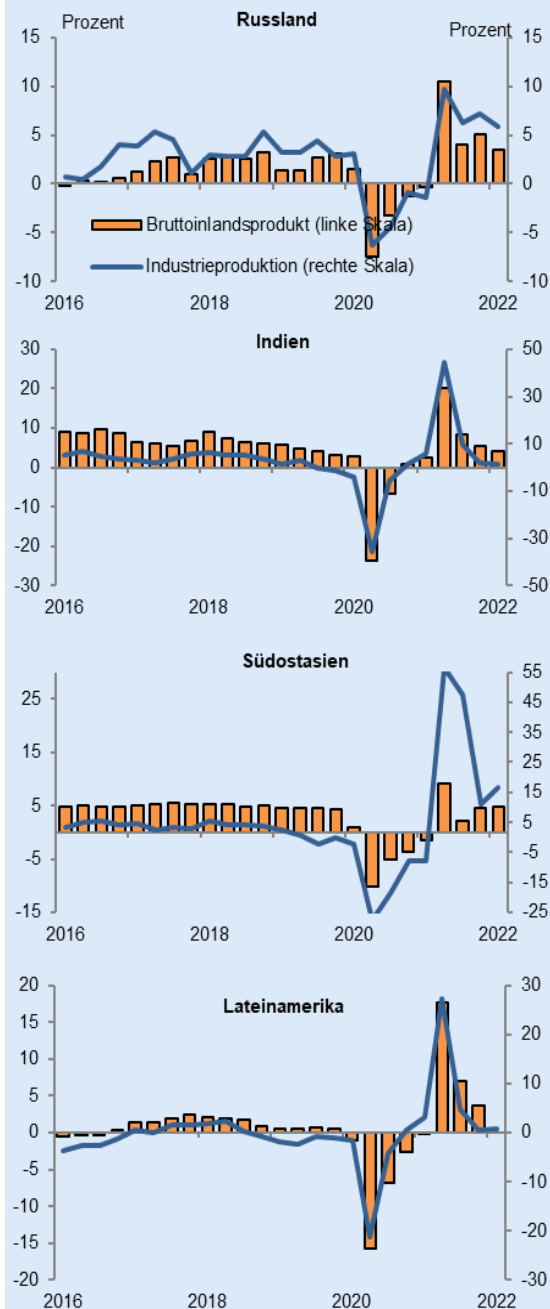


Veränderung gegenüber dem Vorjahr auf Basis von Quartalsdurchschnitten. Letzter Wert: 2021Q3

Quelle: Chinesische Zollverwaltung.

7. Übrige Schwellenländer

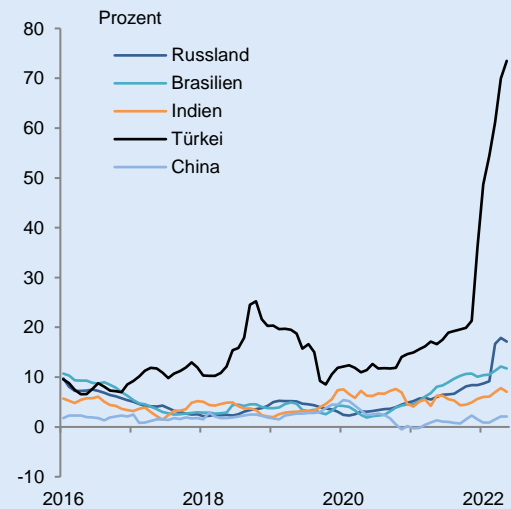
Abbildung 7.1:
Bruttoinlandsprodukt und Industrieproduktion



Quartalsdaten; preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Südostasien: gewichteter Durchschnitt für Indonesien, Thailand, Malaysia und Philippinen; Lateinamerika: gewichteter Durchschnitt für Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; nationale statistische Ämter; Berechnungen des Ifw Kiel.

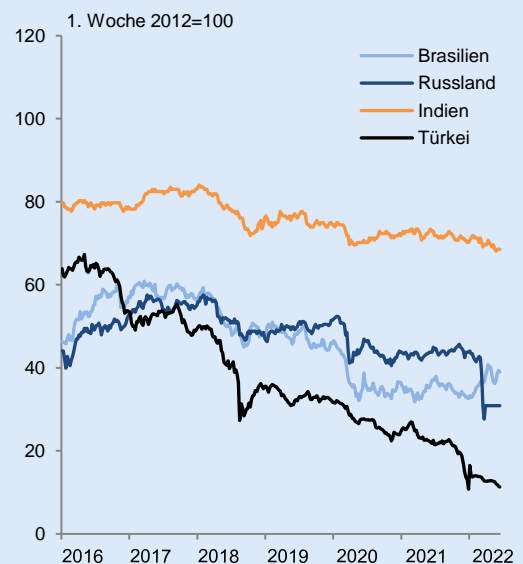
Abbildung 7.2:
Verbraucherpreise



Monatsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Federal State Statistics Service, *Russland*; Brasiliani-sches Institut für Geographie und Statistik, *Brasilien*; National Bureau of Statistics, *China*; Labour Bureau, *Indien*.

Abbildung 7.3:
US-Dollar-Wechselkurse



Wochendaten.

Quelle: Refinitiv.

8. Übersichtstabellen

Tabelle 8.1:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den EU-Ländern

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Deutschland	25,1	-4,9	2,9	2,2	3,5	0,4	3,2	7,4	4,2	3,6	3,6	3,0	2,9
Frankreich	17,2	-7,9	6,8	2,6	2,3	0,5	2,1	5,0	2,9	8,0	7,9	7,2	6,8
Italien	12,4	-9,1	6,6	3,1	1,9	-0,1	2,0	6,1	2,8	9,3	9,6	8,4	8,0
Spanien	8,4	-10,8	5,1	4,5	3,3	-0,3	3,0	7,5	3,7	15,5	14,8	13,0	12,0
Niederlande	6,0	-3,8	5,0	3,2	2,1	1,1	2,8	8,9	3,7	4,9	4,2	3,1	2,8
Belgien	3,4	-5,7	6,2	2,9	2,1	0,4	3,2	8,1	3,5	5,8	6,3	5,4	5,0
Österreich	2,8	-6,8	4,9	4,2	2,1	1,4	2,8	6,4	3,4	6,0	6,2	4,4	4,0
Irland	2,8	5,9	13,4	6,3	3,0	-0,5	2,4	6,9	3,7	5,9	6,3	4,7	4,4
Finnland	1,8	-2,3	3,5	2,1	1,7	0,4	2,1	5,1	2,9	7,7	7,7	6,7	6,4
Portugal	1,5	-8,4	4,9	7,3	2,4	-0,1	0,9	6,6	3,7	7,1	6,6	6,0	5,9
Griechenland	1,2	-8,7	8,0	5,2	2,8	-1,3	0,6	8,2	3,2	17,6	14,8	12,9	12,0
Slowakei	0,7	-4,4	3,0	2,0	3,5	2,0	2,8	10,2	6,1	6,7	6,8	6,5	5,7
Luxemburg	0,5	-1,8	6,9	3,4	2,6	0,0	3,5	7,2	3,5	6,7	5,4	5,1	5,0
Slowenien	0,3	-4,8	8,1	6,6	3,2	-0,3	2,1	7,2	4,1	5,0	4,8	4,2	3,9
Litauen	0,4	0,0	4,9	3,3	2,9	1,1	4,6	14,1	6,5	8,5	7,1	7,3	6,3
Lettland	0,2	-3,8	4,2	4,8	3,1	0,1	3,2	11,8	5,7	8,1	7,6	7,5	6,5
Estland	0,2	-2,6	8,2	2,5	2,8	-0,6	4,5	14,3	6,5	6,9	6,2	5,0	4,5
Zypern	0,2	-5,0	5,5	3,6	2,4	-1,1	2,3	7,0	4,4	7,6	7,5	6,2	5,5
Malta	0,1	-8,2	10,3	5,6	3,5	0,8	0,7	5,8	4,7	4,4	3,5	3,0	2,9
Schweden	3,6	-2,3	4,9	2,1	2,5	0,7	2,7	5,9	3,2	8,5	8,8	7,6	6,8
Polen	3,9	-2,1	5,8	6,0	3,3	3,6	5,2	9,8	5,7	3,2	3,4	3,0	2,8
Dänemark	2,3	-2,1	4,7	4,0	2,4	0,3	1,9	6,4	3,1	5,7	5,1	4,5	4,3
Tschechien	1,6	-5,8	3,3	3,3	3,6	3,3	3,3	11,6	5,9	2,6	2,8	2,1	2,0
Rumänien	1,6	-3,6	5,9	5,0	3,3	2,3	4,1	9,0	4,8	6,1	5,6	5,4	4,5
Ungarn	1,0	-4,7	7,1	5,8	3,7	3,4	5,2	8,8	6,1	4,1	4,1	3,6	3,4
Bulgarien	0,5	-4,0	4,0	3,2	3,7	1,2	2,8	9,0	4,8	6,1	5,3	4,3	3,9
Kroatien	0,4	-7,8	9,8	5,5	3,8	0,0	2,7	7,9	4,0	7,8	7,6	6,2	5,5
Europäische Union	100,0	-5,9	5,3	3,3	2,8	0,7	2,9	7,2	3,8	7,2	7,1	6,2	5,7
Nachrichtlich: Europäische Union 11	88,9	-6,2	5,3	3,1	2,7	0,3	2,5	6,7	3,5	8,0	7,8	6,8	6,4
Beitrittsländer	11,1	-3,7	5,6	4,9	3,4	2,7	4,3	9,7	5,5	4,7	4,6	4,1	3,7
Euroraum	85,1	-6,5	5,3	3,1	2,7	0,3	2,6	6,8	3,5	8,0	7,8	6,8	6,3
Euroraum ohne DE	60,0	-7,1	6,4	3,5	2,4	0,2	2,3	6,6	3,3	9,5	9,2	8,1	7,6

Prozent. Gewicht: auf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen und Wechselkursen von 2020. — Bruttoinlandsprodukt: preis- und kalenderbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept, Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2020. — Beitrittsländer seit 2004. * Zahlen weichen von denen im Deutschland-Konjunkturbericht ab, in dem die Zuwachsraten für das Bruttoinlandsprodukt in der Regel nicht kalenderbereinigt und Verbraucherpreise gemäß VPI-Abgrenzung (statt HVPI) ausgewiesen werden; außerdem bezieht sich die ILO-Erwerbslosenquote auf die Erwerbspersonen gemäß Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (statt auf die Erwerbspersonen gemäß Mikrozensus).

Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 8.2:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, und Arbeitslosenquote in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		2021	2022	2023	2021	2022	2023	2021	2022	2023
Europäische Union	39,9	5,3	3,3	2,8	2,8	7,2	3,8	7,1	6,2	5,7
Euroraum	34,0	5,3	3,1	2,7	2,6	6,8	3,5	7,7	6,8	6,3
Schweden	0,9	4,9	2,1	2,5	2,7	5,9	3,2	8,8	7,6	6,8
Polen	2,2	5,8	6,0	3,3	5,2	9,8	5,7	3,4	3,0	2,8
Vereinigtes Königreich	5,1	7,4	2,9	0,4	2,6	8,5	6,8	4,5	4,0	3,9
Schweiz	1,1	3,7	2,3	1,2	0,6	2,6	1,6	5,1	4,8	4,6
Norwegen	0,6	4,0	2,9	1,6	3,5	4,8	3,5	4,8	4,2	4,0
Vereinigte Staaten	35,1	5,7	2,4	1,9	4,7	8,2	4,0	5,4	3,6	3,5
Kanada	3,1	4,6	3,0	2,3	3,4	6,6	3,5	7,4	5,5	5,4
Japan	8,9	1,6	1,0	1,7	-0,2	2,2	1,5	2,8	2,7	2,6
Südkorea	3,9	4,1	2,6	2,3	2,5	4,6	3,4	3,6	3,3	3,2
Australien	2,2	4,8	3,8	3,1	2,9	4,9	4,0	5,1	4,7	4,3
Aufgeführte Länder	100,0	5,3	2,8	2,3	3,3	7,1	3,9	3,0	2,3	2,2

Prozent. Gewicht gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 in US-Dollar. — Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, Europäische Union und Norwegen: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2020.

Quelle: Eurostat, VGR; OECD, *Main Economic Indicators*; IMF *World Economic Outlook Database*; Statistics Canada, *Canadian Economic Account*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 8.3:
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in ausgewählten Schwellenländern

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Indonesien	5,7	-2,1	3,7	5,5	5,7	2,0	1,6	3,2	2,8
Thailand	2,2	-6,2	1,6	3,4	4,1	-0,8	1,2	3,2	2,5
Malaysia	1,6	-5,6	3,1	5,5	5,4	-1,1	2,5	2,8	2,4
Philippinen	1,6	-9,6	5,6	6,1	6,0	2,4	3,9	4,2	3,5
Insgesamt	11,0	-4,5	3,5	5,2	5,4	1,1	2,0	3,3	2,8
China	41,5	2,3	8,1	4,2	5,8	2,5	1,1	1,9	2,5
Indien	15,5	-6,6	8,3	7,1	5,9	6,6	5,1	6,3	5,4
Asien insgesamt	67,9	-0,8	7,4	5,0	5,7	3,2	2,2	3,1	3,2
Brasilien	5,4	-3,9	4,7	0,7	1,5	3,2	8,3	11,4	6,8
Mexiko	4,2	-8,2	4,8	1,8	1,9	3,4	5,7	7,2	4,7
Argentinien	1,6	-9,9	9,4	2,4	1,9	42,0	48,4	59,0	55,0
Kolumbien	1,2	-6,8	9,8	4,1	2,8	2,5	3,5	8,7	6,4
Chile	0,8	-5,8	11,7	2,0	1,1	3,0	4,5	9,5	4,7
Peru	0,7	-11,0	12,6	2,5	2,7	1,8	4,0	6,8	4,5
Lateinamerika insgesamt	13,9	-6,6	6,5	1,7	1,8	7,6	11,3	15,1	11,5
Ägypten	2,2	3,6	3,3	5,0	4,6	5,7	5,2	7,6	5,8
Nigeria	1,8	-1,8	3,0	3,3	2,8	13,2	17,0	17,5	15,0
Südafrika	1,4	-6,4	5,0	1,6	2,0	3,3	4,6	5,8	5,2
Algerien	0,9	-4,9	3,8	3,1	2,9	2,4	6,7	9,0	7,2
Äthiopien	0,5	6,1	2,4	3,0	5,0	20,4	26,7	28,0	20,0
Afrika Insgesamt	6,7	-0,8	3,6	3,5	3,4	7,9	10,0	11,6	9,4
Russland	7,1	-3,0	4,7	-8,0	-5,5	2,6	5,9	17,5	12,0
Türkei	4,4	1,8	11,0	3,3	2,9	12,3	17,0	75,0	50,0
Aufgeführte Länder	100,0	-1,7	7,0	3,4	4,1	4,5	4,9	9,5	7,4

Prozent. Gewicht: gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 nach Kaufkraftparitäten. — Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Asien insgesamt, Lateinamerika insgesamt: aufgeführte Länder.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Statistiken; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Literatur

- Boysen-Hogrefe, J. (2022). Zur Überwälzung der Erzeuger- und Importpreise auf die Verbraucherpreise. [Kiel Insights 2021-1](#). März.
- Fiedler, S., K.-J. Gern und U. Stolzenburg (2020). [Blurred Boundaries between Monetary and Fiscal Policy](#). Publication for the committee on Economic and Monetary Affairs, Policy Department for Economic, Scientific and Quality of Life Policies, European Parliament, Luxembourg, October.
- Gern, K.-J. (2021). Zur These eines neuen „Superzyklus“ an den internationalen Rohstoffmärkten. [Kiel Insights 2021-10](#). Juni.
- Gern, K.-J., J. Reents und U. Stolzenburg (2022a). Inflation nicht nur energiegetrieben. [Wirtschaftsdienst 102 \(5\): 411–412](#).
- Gern, K.-J., N. Sonnenberg und U. Stolzenburg (2022b). [„Whatever it takes“: The ECB remains busy with crisis management](#). Publication for the Committee on Economic and Monetary Affairs, Policy Department for Economic, Scientific and Quality of Life Policies, European Parliament. Luxembourg.
- KPMG (2022), [China Economic Monitor Issue: 2022 Q2](#).
- OECD (2022). [Economic Outlook](#). June.